

für Halle vierteljährlich bei postamtlicher Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Bereichsamt unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Unterbestant eingehende Kammitzchen sind keine Gewähr übernommen. Abdruck nur mit Genehmigung: „Saale-Bl.“ gestattet.

Verantwortl. der Redaktion Nr. 1140; der Abonnement-Abteilung Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

Sechsbundertziger Jahrgang.

werden bei Spaltenbreite oder dem Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg., herab und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von untern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Seite 75 Pfg. für Halle und anderswärts 1 M.

Erscheint täglich vormals, Sonntags und Feiertags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17; Geschäftsleitungs-Büro: Gr. Braunschweigstr. 63, I; Telefon Nr. 591 u. 176.

Nr. 85.

Halle a. S., Sonntag, den 20. Februar.

1910.

Sozialdemokratische Interpellation an den Reichskanzler.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung vom Sonnabend, den 19. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation an Reich und Genossen:

„Was hat den Herrn Reichskanzler veranlaßt, in der Sitzung des Reichstages am 10. Februar d. J. Ausführungen zu machen, welche das in der Verfassung des Reiches und mehrerer Bundesstaaten gewährleistete allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen geeignet sind?“

Um 1/2 Uhr eröffnete der Reichspräsident die Sitzung und erteilte sofort dem Abgeordneten

Dr. Frank-Mannheim

das Wort zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation, nachdem der Reichskanzler erklärt hatte, daß er die Interpellation sofort beantworten werde.

Der sozialdemokratische Sprecher führt zur Begründung der Interpellation aus: Es sind wenige Wochen verfloßen, seitdem ein so hervorragender Abgeordneter die Würde dieses Hauses schwer verlor hat. Ein Konfessionar hat, um ein Beispiel der Disziplin in der Armee zu geben, eine Disziplinarstrafe bezogen. (Lachen: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Rede des konfessionären Abgeordneten hat eine Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen und es wäre klug gewesen, wenn der Reichskanzler die erste Gelegenheit benutzt hätte, um seinen Respekt vor dem Reichstage zu zeigen und den Eindruck zu verwischen, als hätte jener hochheilige Herr nur das ausgesprochen, was seine Hintermänner ihm im Stillen denken.

Wie verlangen Reichsheit

über die Rede, die der Reichskanzler im Landtage gehalten hat. Der Reichskanzler hat die Pflicht, die Verfassung zu schützen und zu wahren, und auf dieser Verfassung beruht auch die deutsche Reichsgesetzgebung. (Zustimmung bei den Soz. Der Reichskanzler hat auch die Pflicht, die Beziehungen zu den Bundesstaaten zu pflegen, und einzelne dieser Bundesstaaten haben das Reichstagswahlrecht eingeführt.

Nicht im Kriegslande.

Wir leben ja nicht im Kriegslande mit den holländischen Bundesstaaten, wenn auch der preussische General in Karlsruhe an Kaisers Geburtstag eine Kriegserklärung erlassen hat. Der Reichskanzler hat später versucht, seine Rede abzumildern, und zwar hat er dies im Landwirtschaftsrat getan. In dieser Rede im Landwirtschaftsrat hatte ich nur eine Stelle für bedeutungsvoll. Der Reichskanzler hat da gebeten, man solle ihn nicht

den etwas abgegriffenen Philosophenmental

um die Schultern hängen. Der Reichskanzler hat aber dadurch den einzigen milderen Umrand an der Welt geschafft, der noch für ihn sprach, aber wenn er es nicht will, nun so sei es. Er wird von uns für schuldig erklärt, aber ohne den milderen Umrand an der Philosophie und ohne Aussicht auf Besserung. (Seitertzeit links.)

Was würde mit einem Reichskanzler geschehen, der es sich bekommen ließe, öffentlich zu behaupten, daß manche Reden oder Gesandtschaftsleistungen des Kaisers verflüchtend oder gar verrohend wirken? Würde der auch nur eine Stunde im Amt bleiben? (Seitertzeit links.)

Vizepräsident Dr. Spahn

hört die Rede und erklärt: Ich bitte, die Person Sr. Majestät des Kaisers auch nicht in eine Interpellation hineinzuziehen.

Hr. Dr. Frank

will eine Erklärung abgeben, kann sich jedoch in der Unruhe nicht verständlich machen. Von der Reden wird fortwährend dem Präsidenten zugerufen: „Zur Ordnung!“ „Zur Ordnung!“ Die Rede antwortet mit Gegenrufen.

Der Präsident

unterbricht den Hr. Dr. Frank, der gerade wieder einige Worte gesprochen hat, und erteilt ihm den Dr. d. n. g. Bei den Sozialdemokraten erhebt sich förmlicher Widerspruch, während die Rechte Beifall spendet.

Hr. Frank

zuzerregt: Der Präsident hätte doch wenigstens abwarten sollen, was ich noch weiter sagen wollte. Ich wollte sagen, daß der Kaiser und Reichstag doch schließlich an einem Tage geboren sind (lebh. Beifall bei den Soz.), daß der Reichstag den gleichen Respekt verlangen kann, wie der Träger der Krone, und daß der Reichstag sich nicht gefallen lassen darf, daß despektierlich über und außerhalb über ihn gesprochen wird. Wir haben auch gar keine Veranstaltung, mindestens nicht zurückzuführen, was der Erwähnung des Kaisers. (Zustimmung bei den Soz. Rufe: Sehr richtig!)

Hr. Frank

fährt fort: Was hat der Reichskanzler mit seinen Ausführungen bezweckt? Der Reichskanzler hat verlangt, man solle seine Rede als ein Ganzes nehmen, es ist sehr bedenklich, wenn ein Minister das erst verlangen muß, aber wir wollen es tun; da sage ich, unter Männern ist es selbstverständlich, daß aus ihren Worten ein Wille herauszulesen muß wie der Wille aus Gewitterwolken. Ich frage: Beabsichtigt der Reichskanzler dieses Reichstagswahlrecht zu ändern?

Der Historiker Rotenburg erzählt in seinen Erinnerungen von einem Gespräch, das Fürst Bischoff einst mit dem Feldmarschall Manteuffel gehabt hat. Es handelte sich um die Frage, ob das Reichstagswahlrecht geändert werden solle. Da hat Manteuffel gesagt, das kann kein Zivilist machen, das muß schon ein Militär sein. Ich weiß nicht genau, sagt Dr. Frank, zu welcher Kategorie von Kanzlern der jetzige Kanzler sich zählt. Vielleicht hält er sich für den providenziellen Mann, bei der schnellen militärischen Karriere, die er gemacht hat. Vielleicht kommt er so schnell um die Majorsecke

herum. (Lebhafte Heiterkeit, Gelächter im ganzen Hause, in die auch der Reichskanzler einstimmt.) Ich aber glaube nicht an die Fähigkeit des Reichskanzlers für ein solches Werk. Er hat nicht das historische Format für eine solche Tat, für die sogar ein Bischof nicht die Fähigkeit gehabt hat. Wenn er aber auch nicht solche Pläne hegt, wenn er nicht geredet hat, bloß um zu reden, sollten seine Ausführungen bloß den Zweck gehabt haben, um zu dozieren? Aber um zu dozieren, steigt man nicht auf die Ministerbank. Zu diesem Zwecke soll der Kanzler Privatdozent werden. Aber bevor er seine neue akademische Karriere antritt, möchte ich erfahren, sein Vorwurf kann dem Kanzler mit größerer Schärfe gemacht werden, als bei der vorliegenden Weisung. Woher hat denn der Reichskanzler seine Erfahrungen über den Wiedergang der politischen Bildung geholt?

Wissenschaft von den Borussen?

und ähnlichen Pflichten der staatsverwaltenden Genossenschaft? Betrachtet er die Studentenvereine und Offizier-Talinos als Oasen in der Wüste der politischen Unbildung? Der Reichskanzler sieht offenbar den Niedergang der politischen Bildung in der fortschreitenden Ausbildung des politischen Interesses auch in den unteren Schichten der Bevölkerung. Wenn der Reichskanzler aber über halbe Bildung sagt, so sage ich ihm: Nicht das demokratische Wahlrecht, sondern die erbärmliche Volksschule, die auf dem Dreiklassenwahlrecht beruht, ist daran schuld.

Sie täten besser, gegen die Unbildung, als gegen die Ungebildeten sich zu wenden, die nicht schuld sind an den Lücken ihres Wissens. Die Behauptung des Herrn Reichskanzlers ist unrichtig und muß die Stimmung von Millionen von Deutschen auch im Auslande auf das Schwere verlegen.

Der Reichskanzler soll doch in Oesterreich nachfragen, ob das dort früher bestandene Corinparlament die nächste politische Bildung geworden ist, in welcher man mit Trompeten und Pfeifen gearbeitet hat. Er mag auch nachfragen in Württemberg und Baden, wo genau ein Jahr vor dieser Rede des Reichskanzlers, also am 10. Februar 1909, der Ministerpräsident von Weisgerber in warmen Worten anerkannte, daß die reine Volksschule auf dem demokratischen Wahlrecht beruht, das sich auf das beste bewährt habe.

Rechner weiß auch auf die günstige Wirkung des demokratischen Wahlrechts in England hin und meint, diese günstige Wirkung zeigt sich nicht bloß bei den Wählern, sondern auch bei den Herren Ministern, die abhängig sind vom Parlament. Dr. Frank fährt fort: Der

Zweck der Demonstration

gegen die Wahlreform ist erfüllt worden, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, trotz der von der Polizei propagierten Strafenkramale, trotz Polizeipräsident und Ministerpräsident. Hunderttausende sind auf die Straße gezogen und haben ihre Entschlossenheit bekundet, ihr Recht zu suchen. Dr. Frank schließt mit den Worten: Der Kampf hat begonnen, der Kampf wird weitergehen! Der Kanzler wird gehen, die Arbeiterschaft wird bleiben!

Am Schluß der Rede Dr. Franks brachten ihm seine Parteigenossen förmliche Ovationen. Von der rechten Seite des Hauses, besonders von den Antikemiten, wurde gejubelt und gepfiffen. Es wurden auch „Hurruufe“ laut, worauf die Sozialdemokraten einen Ordnungsruf für die Pflurufe verlangten. Hierauf nahm der

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg

das Wort zu etwa folgenden Ausführungen:

Meine Herren, an einer Disposition über das preussische Wahlrecht und die dem preussischen Landtag vorgelegte Wahlreform kann ich mich nicht beteiligen. (Sehr richtig! rechts.) Ich kann Ihnen nur wiederholen, was unzählige Male vom Bundesratstische aus erklärt worden ist, zuletzt noch vor zwei Jahren mit meinem Amtsvorgänger, daß die Ordnung der verfassungsmäßigen Zustände in den Einzelstaaten nicht Sache der Regierung ist, und daß die verbündeten Regierungen sich an der Verwirklichung dieser staatsrechtlichen Grenzen nicht beteiligen. (Sehr richtig!) Ich werde mich bei der Beantwortung der Interpellation streng an das halten, was vor das Forum des Reichstages gehört. Die Interpellation verlangt Auskunft von mir darüber, was mich veranlaßt habe, gewisse Ansichten im preussischen Abgeordnetenhaus zu äußern. Meine Herren, ich bin zur Auskunft darüber bereit, aus welchen Motiven heraus ich einen Gesetzentwurf vorschlage, eine Verwirklichungsmöglichkeit treffe, vielleicht auch, aus welchen Gründen ich heides nicht tue, oder wenn Sie mich fragen, aus welchen Gründen ich eine bestimmte Ansicht äußere — meine Herren, die Antwort darauf ist sehr einfach. Eben weil ich sie für richtig halte! (Seitertzeit rechts.)

leit rechts.) Aber einer solchen Selbstverständlichkeit wegen werden Sie wohl nicht inpektiert haben. Ich glaube vielmehr, den Sinn der Interpellation nur dahin verstehen zu können, daß Sie zu wissen wünschen, ob das Reichstagswahlrecht in Gefahr ist. Sie behaupten, ich hätte im Abgeordnetenhaus Ausführungen gemacht, die geeignet sind, das in der Verfassung des Reiches und mehrerer Bundesstaaten gewährleistete gleiche, geheime Wahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen. Die Herren Interpellanten sind doch sonst nicht so feinfühlig. Sie selbst nehmen sich unangesehnt das Recht heraus, Reden zu halten und Demonstrationen zu veranstalten, die nicht nur geeignet sind, das durch die preussische Verfassung gewährleistete Wahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen, sondern die es ganz unmittelbar herabwürdigend und beschimpfend. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Der Regierung vertragen Sie freie Meinungsäußerung. Das entspricht freilich ganz den

Ansichten von Gleichheit und Gerechtigkeit,

die Sie vertreten. (Sehr richtig! rechts.) Was habe ich denn nun gesagt, das geeignet wäre, das Reichstagswahlrecht oder auch Bundesstaatswahlrecht herabzusetzen oder zu bedrohen? Gewiß, meine Herren, ich habe das Satzlegium belegen, nicht an die allein seligmachende Kraft des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Staaten und für alle Verhältnisse zu glauben. Weil ich nicht an dieses Dogma glaube, bin ich in Ihren Augen ein reaktionärer Dogmatiker. Das ist ein zu billiges Kampfmittel. Ich bin sogar so weit gegangen, von jenseitender demokratischer Entwicklung des Parlamentarismus eine Verflachung der politischen Sitten zu erwarten. Ja, meine Herren, bin ich etwa der Erste oder der Einzige, der die Anschauung geäußert hat, daß die demokratische Entwicklung zwar die Basis verbreitert, aber die Richtung hat, das Niveau zu verflachen? Das ist doch ein in der Geschichte aller Völker und aller Zeiten erwiesener Grundsat (Sehr wahr! rechts. Zurufe links), und da finden Sie es auffällig, eine solche Anschauung anzusprechen, weil wir im Reich und in einer Reihe von Bundesstaaten ein demokratisches Wahlrecht haben? Ja, wenn ich dieses Wahlrecht als eine Institution des Reiches oder einzelner Bundesstaaten angegriffen hätte, wenn ich gesagt oder nur von ferne angebeuldet hätte, ich beschäfige, den verbündeten Regierungen die Veränderung des Reichstagswahlrechts vorzuschlagen — wie ich das Wahlrecht in Bundesstaaten bedrohen könnte, ist mir im übrigen gänzlich unerfindlich —, dann könnten ängstliche Gemüter sich benutzten fühlen, die nicht daran denken, daß Bundesrat und Reichstag doch auch noch ein Wort mitzusprechen haben. Nichts von alledem habe ich getan, nichts von alledem liegt in meiner Absicht. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wer ist es denn,

der an dem Bestande des Reichstagswahlrechts rütteln will? Das sind die Herren Interpellanten. (Lebhafte Zustimmung! Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Sie werden mir recht geben, wenn Sie mich weiter hören wollen. Ihnen genügt es nicht; Sie wollen das Wahlalter bis unter das Mündigkeitsalter herabsetzen. Sie wollen den Frauen zum Stimmrecht verhelfen, und anderes mehr. Glauben Sie aber, daß Ihre Bestrebungen auf diejenigen Volksteile, die anders denken als Sie, und deren gibt es doch noch, herabwürdigend wirken? (Sehr richtig! rechts.) Und selbst wenn ich das Reichstagswahlrecht kritisiert hätte, wie läßt denn die Sache dann? Unter veränderten Formen und in veränderter Stimmung haben wir im Januar 1908 dasselbe erlebt, was wir heute erleben. Damals hatten die Herren sich darüber entzweit, daß der

Fürst Bülow

im preussischen Abgeordnetenhaus erklärt hatte, es entspräche nicht dem Staatswohl, das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen. Auch damals wurde darin eine unerhörte Kritik des Reichstagswahlrechts gefunden. Und als dann später im März hier wiederum über das Wahlrecht im Reich und in Preußen verhandelt wurde, da waren es genau die gleichen Gedanken, die heute zum Ausdruck kommen. Damals knüpfte die Agitation an ein Programm des Fürsten Bülow an, heute an die Ausführung dieses Programms, und um die Agitation noch zugräftiger zu machen, wurde damals dem Verklünder, heute dem Ausführer des Programms Mißachtung und Bedrohung von Reichseinrichtungen zum Vorwurf gemacht. Das Spiel ist zu durchsichtig, um nicht erkannt zu werden. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich wiederhole, die verbündeten Regierungen denken gar nicht daran, am Reichstagswahlrecht zu rütteln. Das Reich hat sich mit diesem Wahlrecht sein Haus eingerichtet, und trotz aller Mißstände unseres öffentlichen Lebens ist mein Glaube an die Kraft und an die Zukunft des deutschen Volkes wie zu fest gegründet, als daß ich nicht davon überzeugt wäre, es werde diesen Bau unerschrocken aus-



halten (Zustimmung) — gestatten Sie eine kurze Aufklärung, meine Herren — nicht durch bürokratisches Regiment! Wer es nicht begreifen kann, daß ich als preussischer Ministerpräsident die preussischen Beamten gegen ungerechtfertigte Angriffe und Verdächtigungen in Schutz genommen habe, der hat kein Sinn für humanen Organismus, keinen Sinn für reale Notwendigkeiten, den möchte ich weltfremd nennen, wie mich der Herr Abg. Grant genannt hat, und vor darüber hinweg hört, weil es ihm nicht in den Kram paßt, daß ich

Parteiendienst der Beamten verurteilt
und auch durch die Tat zu verurteilen wissen werde, mit dem kann ich nicht diskutieren. Bürokratisches Regiment würde uns zu Versteinerung führen.

Wer ist es denn aber, der so gern und so häufig Bürokratisieren will? Meine Herren, ich habe die Ehre, nun bald drei Jahre mit Ihnen zu arbeiten. Bei den mannigfachen sozialpolitischen Fragen, die wir miteinander erörtert haben, habe ich immer wieder vor der trügerischen Hoffnung gewarnt, die Welt mit Gesetzesparagraphen und dem Heer der hinter ihnen stehenden Beamten zu verbessern. Ich habe beispielsweise bei den Arbeitssammeln, die Sie neulich wieder beraten haben, auf das schärfste den Standpunkt vertreten, daß ich mit von einem Zulammenarbeiten der beteiligten Berufsstände, also von der Arbeit des Volkes selbst, nicht größere Vorteile erwarte, als von aller Reglementierung, die immer unpraktisch ist und schließlich dazu führen muß, hinter jeden Arbeiter und jeden Arbeitnehmer einen Polizisten zu stellen. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn ich in meiner Abgeordnetenhausrede herangezogen habe, daß es die unteren Gliederungen des Staates und Volkes sind, in denen die größte wirtschaftliche und geistige Kulturarbeit geleistet wird, dann habe ich damit die Überzeugung ausgesprochen, daß wir nur in freier und freiwilliger Tätigkeit des Volkes selbst vorwärts kommen können. Wer das alles

Bürokratismus

nennst, der weiß mit Fremdwörtern nicht Bescheid. (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Meine Herren, damit lassen Sie mich schließen. So gut wie unvernünftige Streitkräfte zum Nutzen des Deutschen gehört, ebenso kann es ohne unvernünftigen Idealismus nicht bestehen. Ich halte es vor allem mit dem Idealismus, ich vertraue fast auf die idealen Kräfte des deutschen Volkes, die sich unter dem realen Druck unserer nationalen Bedürfnisse steigern und das Feld behaupten werden. (Lebhafte Beifall rechts.)

Auf Antrag Bebel wird Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Grosse (Ztr.):

Die preussische Wahrschranke hat für uns im Reichstag so viel Bedeutung, daß wir sie berechtigt hatten, darauf zurückzukommen. Es handelt sich nicht bloß um eine ausschließlich preussische Angelegenheit. Auch unter meinen Freunden hat die Meinung der Kanzlers schwere Befürchtungen hervorgerufen. Wenn er gesagt hat, er hat das Reichstagswahlrecht nicht einmal genannt, so erwidere ich: Der Reichstanzler ist viel zu gewandt, um nicht eine Form zu finden, die äußerlich alle Rücksichten wahrt und innerlich doch alles zum Ausdruck bringt, was er an dem Wahlrecht aussetzen hat. Das Urteil, das der preussische Ministerpräsident über das Reichstagswahlrecht abgegeben hat, fordert auch unsere schärfste Kritik heraus. (Beifall links.) Wenn er gesagt hat, das demokratische Wahlrecht verstoße und verstoße die politischen Sitten, so ist er weit über das zulässige Maß der Kritik hinausgegangen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Freilich meine ich auch, daß niemand den Parlamentarismus schwerer schädigt, als solche Parteien, die die parlamentarischen Gesetze durch Substitution unmöglich machen. (Lärm bei den Soz. Zustimmung bei den anderen Parteien.) Der Reichstanzler sprach von Rückgang der politischen Bildung. In manchen Kreisen ist die Anteilnahme an der Politik in der Tat nicht mehr so lebhaft, wie früher. Aber was es nicht der Amtsvorgänger des heutigen Reichstanzlers, der als Grundgesetz für die Politik die völlige Grundlosigkeit aufgestellt hat? (Sehr richtig! im Ztr.) Stellen Sie sich also Grundzüge auf! Namens meiner Partei erkläre ich noch, daß wir jedem Angriff auf das Reichstagswahlrecht und jedem Versuch einer Verflechtung mit aller Entschiedenheit und Energie entgegenzutreten werden, von welcher Seite er auch komme. (Beif. Beifall im Ztr.)

Abg. Dietrich (kon.):

Die Möglichkeit einer Veränderung des Reichstagswahlrechts wird wohl von keiner Partei des Hauses den verbündeten Regierungen unterstellt werden. (Zustimmung rechts.) Wir halten den Reichstag für möglichst, aus der prominenten Stellung Preußens im Reiche die Verantwortung zu übertragen, daß die Einrichtungen des Reiches auch die Einrichtungen Preußens sein müssen. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch bei den Soz.) Wir sind mit dem Wahlrecht Preußens das des Reichs akkommodieren, so wäre das eine Verblüffung Preußens. Wenn in Süddeutschland, wo eben erst in Heidelberg, Stimmen erörtern, es sei nötig, einen Wotz oder Anhänger des Reichstagswahlrechts zu gründen, damit auch in Preußen Kultur und Freiheit einziehe, so müssen wir in Preußen eine solche Einmischung der Süddeutschen mit Nachdruck zurückweisen. Wir sind es allerdings gewohnt, daß man für preussisches Wesen in den übrigen Bundesstaaten kein richtiges Verständnis hat. (Lachen links, Sehr richtig! rechts.) Nehmer hält dann namentlich noch den Interpellanten vor, daß keine Partei an dem Reichstagswahlrecht schärfere Kritik geübt hätte, als die Sozialdemokraten.

Abg. Bolleremann (nl.):

erklärt sich zunächst gegen die Wahlrechts-Demonstrationen und kommt dann auf die Gegenfrage von Nord und Süd zu sprechen. Er ist überzeugt, auch der Reichstanzler sei sich dessen bewußt, daß jeder Versuch, an dem Reichstagswahlrecht zu rütteln, die allerwidrigsten Kämpfe entzünden würde. (Rufe: Sehr richtig!) Wir freuen uns im Reiche, daß wir namentlich auch das geheime Wahlrecht haben, das uns vor dem Einfluß der „Abhängigkeiten“ schützt. Daß dem Reichstagswahlrecht eine erneute Gefahr nicht droht, das sehen wir wohl auch die Sozialdemokraten zu. Aber daß es an der Höhe des preussischen Ministerpräsidenten gewisse Kritik berechtigt war, ist klar. Denn sie hat zu diesen Abhängigkeiten Anlaß gegeben und gibt den Sozialdemokraten Grund zu lebensgefährlichen Kapitulationen. Die innere Begründung des Reichstagswahlrechts liegt in den großen persönlichen Opfern, die jeder Einzelne in den direkten Steuern zu bringen hat. Für die Höhe dieses Wahlrechts sprechen auch seine Leistungen. Zunächst auf nationalem Gebiete. Es war uns möglich, mit großen persönlichen Opfern die deutsche Armee zu erhalten und auszubilden. (Auf rufen: Reichstagsauflösung!) Jammern, er ist zweimal angeheißt, aber die Mehrheit ist dann doch entstanden für

die großen nationalen Fragen. Meine Freunde halten an dem bestehenden Reichstagswahlrecht fest und sind überzeugt, daß es auf diesem Gebiete keine Veränderung gibt. Auch ein Wort über das Niveau des Reichstages. Gekündigt ist es 1. St. worden in den Kämpfen der lex Seigne und in den Zollkämpfen. Aber im übrigen hat kein Parlament so viel positive Leistungen aufzuweisen wie der deutsche Reichstag. Um meinen muß selbstverständlich eine abschließende Kritik des Reichstags durch leitende Kreise im Reiche veranlassen. Den Effekt aber hat wohl die heutige Aussprache, daß sie heute alle Parteien zum Reichstagswahlrecht bekennen, die Verantwortung im Reiche schweben sind. Und das beste Mittel, allen Mühen zu befehlen, ist eine vollständige Politik. (Beif. Beifall links.)

Abg. Wimmer (frs. Hp.):

Eine Behandlung dieser Angelegenheit hier vorzunehmen, obwohl sie allerdings auch beim Reichstagswahlrecht hätte besprochen werden können, namens meiner politischen Freunde habe ich dem beschätzten Redner über die Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten Ausdruck zu geben. Die heutige Erklärung ist nicht geeignet, dieses Bedauern zu verringern. Es behauert sich nicht, es daß solche Versicherungen von dem leitenden Staatsmann in Preußen ausgehen konnten, der zugleich Reichstanzler ist. Er hat heute seine Worte als harmlos hinzustellen gelacht, aber deren prinzipielle Bedeutung hat er nicht abgelehnt. Das haben wir ja natürlich als selbstverständlich vorausgesetzt, daß der Reichstanzler hier erklären werde, er wolle an eine Veränderung des Reichstagswahlrechts nicht herantreten. Denn so etwas sagt man erst, wenn die Vorlage vorbereitet ist. (Sehr richtig! links.) Aber eine Veränderung gegen das Wahlrecht kann jedenfalls aus keinen Bewegungen heraus und das mußte in meinen Kreisen Befürchtungen hervorrufen. Herr Dietrich hat erklärt, auch seine Freunde hätten auf dem Boden des Reichstagswahlrechts. Aber die bekannten Versicherungen seiner Parteifreunde, Graf v. Helldorf vor allem, macht er damit nicht vergessen! Hat doch auch Herr von Bebel in Abgeordnetenhaus gesagt, es müsse schließlich die Entscheidung fallen: „ob Reichstagswahlrecht!“ Solche Versicherungen lassen sich nicht mit einem Federstrich wegwischen! Und auch die heutige Erklärung des Kanzlers schafft keine Veränderung nicht aus der Welt, daß die politische Kultur und Erziehung nicht gefördert werde durch ein demokratisches Wahlrecht. Meine Freunde sehen in einer solchen Charakterisierung des Reichstagswahlrechts nach wie vor eine Herabwürdigung des Wahlrechts, der auf diesem Wahlrecht aufgebaut ist. Der Kanzler sollte nicht übersehen, daß er nicht Reichstanzler ist, sondern verantwortlicher Staatsmann. Herr v. Bethmann ist auch nicht Ausführender des Programms der Parteien, sondern vielmehr Ausführender des Programms der Parteien, die den Fürsten v. Bismarck gestützt haben. Wenn Herr Groeber die Politik des Fürsten v. Bismarck als eine solche der Grundlosigkeit bezeichnet hat, so muß ich dagegen doch Verwahrung einlegen. Wenn Fürst v. Bismarck die „Reform des Wahlrechts“ in Preußen auf sein Programm gesetzt hat, so ist jedenfalls die Vorlage des heutigen Reichstanzlers und Ministerpräsidenten das gerade Gegenteil einer „Reform“. Wir wollen, so schließt Redner, für Fortschritt sorgen; wir wollen das Reichstagswahlrecht gegen alle Angriffe schützen und wir verlangen, daß der Reichstanzler dabei auf unserer Seite steht. (Beif. Beifall links.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Der Abg. Wimmer hat gesagt, ich läge auf die Bundesstaaten mit liberalen Staatsrichtungen über. Wie kann der Herr Abg. mit Bemerkungen nachfragen, über die ich doch nur allein befinden kann. (Sehr richtig! rechts, Unruhe links.) Herr Wimmer hätte doch auch so tonen sein sollen, die Worte von mir über das Verhältnis Preußens zu den anderen Bundesstaaten zu zitieren. Ich habe gesagt: wir wollen auch die Eigenart der bayerischen, schwebischen und sächsischen Stimmen nicht missen. Diese Eigenarten wollen wir achten und lieben. (Mit erhobener Stimme.) Ich muß es mir verstatten, daß mir Gesinnungen, die sich für einen deutschen Reichstanzler nicht zieren würden, nachgesagt werden. (Beif. Beifall rechts, Große Unruhe und Jurse links.)

Abg. Fürst Haffel (An):

läßt im wesentlichen aus, die heutige Debatte sollte nur agitatorischen Wert für die Sozialdemokratie ergeben. Erfolgreich sei, daß ich ergeben habe, daß alle Parteien auf dem Boden des Reichstagswahlrechts stehen. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht habe seine historische Bedeutung, es sei mit dem Reiche untrennbar verbunden, und eine Veränderung würde nur in Frage kommen, wenn der Reichstag eine Mehrheit aufweisen sollte, die die Lebensbedingungen des Reiches gefährde. (Abw. Ruhe bei den Soz.)

Abg. Korfanth (Kole):

Der Reichstanzler ist ein Verächter des Zeitgeistes, der öffentlichen Meinung und der Presse. Kein Staatsmann darf den Zeitgeist mißachten. Der Kanzler lebt in einer verlassenen Zeit, er ist ein talentloser Romanfabeler und seine Werke werden Materialur sein.

Abg. v. Biebrermann (wirtsch. Egg):

verliest eine Erklärung dahin, seine Fraktion erkläre in den Versicherungen des Kanzlers weder eine Bedrohung noch auch eine Herabsetzung des Reichstagswahlrechts. Die sozialdemokratische Interpellation sei daher als unbedeutende Annäherung zurückzuweisen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Rebeffeit aus dem Munde eines Mannes, der den Terrorismus gegen die Beamten gesetzlich festlegen will! Wenn der Kanzler das Reichstagswahlrecht für so mangelhaft hält, dann darf er das Reichstagsamt nicht übernehmen (Lachen rechts), oder er wartet auf die günstige Gelegenheit, es zu befeitigen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichstanzler führt die lebensschafflichen Kämpfe im Reiche als Zeichen der Verrohung auf. Ist es Verrohung, wenn man sagt: die Amerikaner wollen auch einen Schuld aus der Bülle? (Zuruf rechts: Wer sagt das?) Herr von Döberling! (Große Heiterkeit.) Von dem alten Jungfern in Mannsholen. (Große Heiterkeit.) Die v. Döberlingische Verurteilung sei nicht bloß ein „Beispiel äußerster Disziplin“ gewesen. Nehmer verliest diese Verurteilung nochmals und fügt hinzu: wer jetzt noch einmal behaupten wollte, sie sei ein Beispiel äußerster Disziplin gewesen, den nenne er einen bewußten Vagabund. Weiter berichtet sich Redner über die Demonstrationen, das Sorgen der Polizei in Halle, in Meiningen, wo auch Frauen und Kinder mitbeteiligt worden seien. Am Schuld an diesen Blutvergießen liege an der ungenügenden Polizei, an den beherrschenden Organen und in letzter Instanz an den Ministern. Bolleremann habe sich in seinen Versicherungen gegen die Demonstrationen auf seinen Genossen keine Bedenken. Dieser aber habe den Demonstrationen nicht gar keinen Wert beigemessen, sondern nur geringen Wert. Das ändere an der Geschlossenheit der Sozialdemokratie gar nichts. Diese gehe ihren Weg und lasse die Leute reden.

(Große Heiterkeit rechts.) Wir werden unsere Straßendemonstrationen weiter fortsetzen, unbeeinträchtigt um den Willen der Regierung und den Widerspruch aus der anderen Parteien. Gegenüber einer Gewaltanwendung der Reaktion wird allerdings auch eine Gewaltanwendung des Volkes, eine Revolution, gerechtfertigt sein. Und gegenüber einer solchen seien auch die Studenten und die Studenten zu kämpfen geneigt. Versuche die Sozialdemokratie auf friedlichem Wege erfolgen. Wenn Gegenüber der Vergangenheit wie Kampfsieger wieder aufstehen, dann sei das ein Beweis, daß die herrschenden Klassen am Ende ihres Scheitens seien. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Präsident Spahn

rufft den Vorredner zur Ordnung einmal wegen seiner Versicherungen gegen v. Döberling (bewußte Unzufriedenheit) und Johann wegen der Werbung, daß das in Meiningen verpöbelte Blut an den Fingern des Ministerpräsidenten und Reichstanzlers fliehe. Damit endet die Besprechung, worauf noch zahlreiche persönliche Bemerkungen folgen, besonders heftig zwischen Ledebour und von Döberling.

Um 4 Uhr tritt das Haus in die Weiterberatung des Etats des Reichs an des Innern ein.

Abg. Kaempf (fr. Sp.):

tritt für einen allmählichen Abbau der Agrarlast ein. Sie können vermindert werden, ohne daß die Landwirtschaft geschädigt wird.

Das Haus vertagt sich.

Auf Antrag der beiden Vizepräsidenten wird für dem ex-frauenten Präsidenten Graf Stolberg als Ausschusspräsident Graf Schönerling (kon.) gewählt.

Dieser nimmt die Wahl dankend an.

Montag 1 Uhr: Reichsfinanzgesetz, Etat des Reichsamts des Innern.

Schluß 7½ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 10. Februar.

Am Ministertische: Herr v. Rheinbaben.

Vizepräsident Dr. Forst eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Die erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Reisekosten der Staatsbeamten wird fortgesetzt.

Abg. Weltjahn (fr. Egg):

Ich möchte zwar selbst zu dem Kapitel der Reisekosten einige Beiträge liefern, sehe aber davon ab, da ja das Gesetz schließlich schon fast fertig ist. Es muß daran gefehlt werden, daß die Reisekosten keine Einnahmequelle bilden dürfen. In der Kommission wird zu prüfen sein, ob die Bestimmungen über die Erstattung der Fahrkosten nicht einer Veränderung unterzogen werden können.

Abg. Wackerborn (Ztr.):

tritt ebenfalls für Kommissionsberatung ein. Die zeitige Neuregelung der Reisekosten könne nur begrüßt werden. Die Sätze für die höheren Beamten könnten vielleicht herabgemindert werden.

Die Aussprache schließt. Der Gesetzentwurf geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgt der Etat der

Verwaltung der indirekten Steuern.

Auf eine Beschwärbe des

Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.):

über die Doppelbesteuerung preussischer in Holland beschäftigter Bergarbeiter erwidert

Generaldirektor der direkten Steuern Feints, daß nach holländischem Gesetz dagegen nichts zu machen sei.

Abg. Edel-Röhren (nl.):

verweist auf die Statistik des Prof. Debrück über die ungenügende Veranlagung des Großgrundbesitzes zur Einkommensteuer. Die Steuererfahrungen sollten einer genaueren Nachprüfung unterzogen werden.

Abg. Sirch (Soz.):

beleggt, daß Arbeiter selbst im Falle nachgewiesener Arbeitslosigkeit sehr rigoros bei der Steuerveranlagung behandelt würden, während nicht nur die landliche, sondern auch die städtische Bevölkerung Steuerhinterziehungen betriebe. Voll zur Steuer würden eigentlich nur die Arbeiter herangezogen.

Generaldirektor Feints:

Bei der bisherigen Auslegung habe der Steuerpflichtige allerdings in dem Jahre, wo er eine Zeitlang arbeitslos war, mehr Steuern zahlen, als seinem wirklichen Einkommen entspricht. Dafür wird er aber im nächsten Jahre, wo der Steuerveranlagung das wirkliche Einkommen des Vorjahres zugrunde gelegt wird, weniger zahlen.

Abg. v. Hennigs-Lochin (kon.):

wendet sich gegen die Debrücksche Statistik über die Steuerhinter-

Miriam

die modernste Cigarette,
fein und billig.

2 1/2 Pfg.
d. St.

Rein orientalisches Tabak
= naturell-aromatisch =

Echt mit Firma: „Yenidze“

Zu haben in den einschlägigen durch
Plakate kenntlich gemachten Geschäften.

Verhältnis Darlehenen freiden von Unternehmern. Gegen die Verstaatlichung der Staatseigenschaft des Großgrundbesitzes ist wenigstens protestiert worden. (S. 271 richtig) Wir müssen unsere Freunde stets, bei der Steuererhöhung nicht vergessen zu Werke zu gehen. Wir dem Abg. Hirsch habe ich vorgeschlagen, daß die bestehenden Klassen ihrer Steuerpflicht möglichst genau zu Werke zu gehen. Wie dem Abg. Hirsch habe ich vorgeschlagen, daß die bestehenden Klassen ihrer Steuerpflicht möglichst genau zu Werke zu gehen. Wie dem Abg. Hirsch habe ich vorgeschlagen, daß die bestehenden Klassen ihrer Steuerpflicht möglichst genau zu Werke zu gehen.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:
Ich freue mich über die durchaus sachliche, an parteipolitischen Momenten freie Erörterung der Steuerfrage, die lediglich eine Frage der Gerechtigkeit gegen den Staat und die ehrlichen Steuerzahler ist. Nach der Abgeordnete Hirsch hat durchaus sachlich die Schwere ihrer Vorrede. Von der Einkommensteuer in die Steuer- und Wählerlisten darf kein unangenehmer Gebrauch gemacht werden. Im Entwurf zur Reform sind bezügliche Vereinfachungen ausdrücklich unter Strafe gestellt. Wenn behauptet wird, daß die Vereinfachung der Lebensverhältnisse bedeutend größer war, als die Steigerung der Sätze, so ist dies falsch. Das Einkommen der Rentner unter 9000 Mark ist seit 1886 um 150 Prozent gestiegen. Der Sozialdemokrat Calmer erachtet an, daß trotz der Verteuerung der Lebensmittel im letzten Jahrzehnt immer noch eine Kapitalerhöhung von 12 bis 13 Prozent für diese Verteuerung hinaus festgefunden hat. Die Steuererhöhung bemittelt sich erspart, die individuelle Besteuerungspflicht der einzelnen zu erfüllen. Die Mißstände der Steuerreform sind uns das Handwerkszeug gegeben, um die wirkliche Steuerleistung zu erfüllen. Scharfe Nachprüfungen sind nötig, um das Ziel finanzieller Gerechtigkeit zu erreichen. Daraus sind nicht weniger als 106 Millionen an Einkommensteuer festgesetzt und erzielt worden. Die Zahl der Steuerpflichtigen ist auf dem Lande größer als in den Städten. Die Behauptung, daß eine abschließende Unterprüfung auf dem Lande stattfinde, entsteht jeder Begründung. Wir haben die Angaben des Prof. Dehring und der übrigen Statistiker eingehend geprüft und gefunden, daß sich die einzelnen Fälle doch anders verhalten, als die Herren annehmen. Das Verhältnis war im allgemeinen durchaus richtig. Die Steuerbeschlüsse haben auch da ihre Pflicht getan. Wie dem aber sei, haben immer betont, daß wir noch lange nicht die vollkommene Erfüllung des Einkommens und Vermögens erzielt haben. Die Frage der Veranlagung hängt eng zusammen mit der ganzen Verwaltungsreform. Wir werden uns, wie ich hoffe, im nächsten Jahre über die Revision des Einkommensteuergesetzes zu unterhalten haben. Dann wird der Moment gekommen sein, wo wir über die Einzelheiten reden können. Und wir werden uns dann alle ohne Unterschied der Partei nur das eine Ziel setzen müssen, Gerechtigkeit zu üben gegenüber dem Staat und allen ehrlichen Bürgern. (Leb. Beifall.)

Abg. Frhr. v. Joditz (fr.)
begreift es, daß alle Parteien sich mitens zeigen, die Steuerfrage nicht von parteipolitischen Standpunkt aus zu behandeln. Bei der Revision des Einkommensteuergesetzes werde man dahin wirken müssen, daß durch besondere Kontrollmaßregeln das Ziel einer gerechten steuerlichen Erfassung der Einkommen erreicht wird.

Abg. Dr. Nöcking (nt.)
wendet sich gegen den Vorschlag, daß in der Veranlagungs-Kommission zwar der Landrat den Vorsitz führt, aber ein besonderer Beamter die Arbeiten vorberichtet. Solange der Landrat die Verantwortung trägt, muß er auch die Geschäfte in der Hand haben.

Abg. Dr. Heißig (Str.)
regt an, daß vollständige Musterbeispiele landwirtschaftlicher Buchführung vom Finanz- und Landwirtschaftsminister ausgearbeitet werden.

Abg. Dr. Raabide (fr. Vgg.)
hält es für wünschenswert, an Stelle der Landräte andere staatliche Veranlagungsbeamte zu bestellen.

Abg. v. Kessel (fr.)
Ich habe den Eindruck, daß der Finanzminister den Landräten den Vorsitz in den Veranlagungskommissionen abnehmen will.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:
Ich habe aber pro noch entgegen zu setzen. Wir alle, auch die Parteien, sollten uns unsere Stellungnahme vorbehalten, bis die Verwaltungsreform vorliegt.

Abg. Graf Wolff (fr.)
Die großen Städte und der industrielle Westen sind viel steuerfähiger als der Osten. Da sollte der leitende Staatmann darauf hinwirken, daß der Einfluß der großen Städte ausgeglichen wird. Die Einkommensquellen des platten Landes müssen gehoben werden durch intensiveren Ausbau der Verkehrsnetze.

Abg. Maceo (nt.)
Wir können dem platten Land gute Verkehrsmittel. Das platte Land hat aber durch keine enorme Bevölkerung im Verhältnis einen so großen Einfluß auf die Gesetzgebung, insbesondere auf die wirtschaftliche Gesetzgebung, daß von einer Benachteiligung des Landes keine Rede sein kann.

Die Ausprägung des Einkommens werden bewilligt, ebenso nach kurzer Debatte die Ausgaben. Der Etat der direkten Steuern ist damit erledigt.
Es folgt die zweite Lesung des

Etat des Finanzministeriums.

Abg. Dr. Schröder-Cassel (nt.)
faziert eine Aufhebung der Pensionen der sogenannten Alt-Pensionäre, d. h. der vor dem 1. April 1907 verabschiedeten Beamten. Der Minister sollte nicht warten, bis die Leute ausgehen sind, um so weniger, als unsere Finanzen eine merkliche Besserung zeigen. Die Vorarbeiten über die Zwangspensionäre bedürfen einer Neuregelung.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:
Ich begreife die Wünsche der Alt-Pensionäre durchaus, es liegen ihnen aber ernste grundsätzliche und praktische Bedenken gegenüber. Eine Aufhebung nur um 10 Prozent würde 9 Millionen Mark erfordern. Das gestattet unsere Finanzlage nicht. Wir haben auch einen Unterstützungsfonds für solche Pensionäre, der

nicht nur anreicht, sondern sogar überflüssig gemacht, so daß die Grundzüge der Veranlagung von Pensionen noch festgelegter gehalten könnten. Über die Zwangspensionierungen einschließlich der Restposten feststehend. Die Behauptung, daß man 65jährige Beamte pensioniert habe, obwohl sie noch dienstfähig waren, ist unrichtig.

Abg. Schmeling (Str.)
bittet, die Wünsche der Alt-Pensionäre tunlichst zu berücksichtigen.
Abg. Dausch (nt.)
Bei allem Wohlwollen für die Alt-Pensionäre darf man nicht vergessen, daß diese sich doch in recht guten Verhältnissen befinden.

Abg. Frhr. v. Joditz (fr.)
hält es für wünschenswert, daß für die besonders bedürftigen Alt-Pensionäre in genereller Weise Anordnungen getroffen werden.

Abg. Heilmann (fr. Vgg.)
Beständig der Alt-Pensionäre teilen wir den Standpunkt des Abg. Dr. Schröder. Es muß erzwungen werden, ob nicht ein gesetzlich festgelegender Zuschlag gemacht werden soll, wenn eine bestimmte Höhe der Pension nach dem früheren Stande nicht erreicht worden ist.

Abg. Dr. Schröder-Cassel:
Die Alt-Pensionäre wollen keine Unterführung, sondern ihres gutes Recht. Zum größten Teil können sie die Existenz ihres Fonds gar nicht.

Minister v. Rheinbaben:
Ich kann nicht glauben, daß irgend einem Alt-Pensionär eine Jahresunterstützung von nur 16 Mark gewährt worden wäre, wie behauptet worden ist. Das würde keine Unterführung, sondern ein Triumph (sehr richtig) und das würde den Wichtigen der Regierung bedenkenswegs zuzulassen. Ich will gern prüfen, ob eine generelle Regelung der Unterführung herbeiführt werden kann, wenigstens für die mittleren und unteren Beamten; bei den höheren Beamten muß zunächst immer erst die Frage des Bedürfnisses entschieden werden.
Nach weiterer unermesslicher Debatte wird der Etat des Finanzministeriums erledigt.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Konservativ Antrag betr. Geschäftsabrechnungsarbeiten gegen Störung der Ordnung und Dauerreden im Hause, zweite Lesung des Etats der Preussische. Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Reichstagspräsident

Graf Stolberg

Unser Berliner Depeschendebureau übermittelt folgende Drahtnachricht:

H. Berlin, 10. Febr. (Priv.-Tel.) Der Präsident des deutschen Reichstags, Graf von Stolberg, ist heute abend 7 Uhr infolge einer unerwarteten Operation, die am Nachmittag vorgenommen wurde, verstorben. Am Sterbebett weilten seine Gattin und sein Schwiegersohn, Graf Calenberg-Praxen.

Der Präsident befand sich seit gestern in einer Berliner Privatklinik, wohin er überführt wurde, da sich eine größere Operation als notwendig erwies. Graf Stolberg war, wie man weiß, seit Wochen infolge einer bösartigen Infektion, zu der eine schwere Rippenfellentzündung kam, bettlägerig, Gekörnte stellte sich heraus, daß eine Punction erforderlich sei. Die Operation hatte jedoch nur vorübergehend die beschwerliche Erleichterung gebracht. Noch am Freitag abend fanden innerhalb der Fraktionen des Reichstags vertrauliche Verhandlungen über die Präsentation eines Stellvertreters für den verstorbenen Präsidenten statt. Die Konservativen wollten, wie es hieß, den Abg. Grafen Schwerin-Adwig oder den Freiherrn v. Rüdiger-Damsdorf präferieren, der der deutsch-konservativen Partei angehört.

Der Verbliebene erregte sich nicht nur bei seinen Fraktionsgenossen großer Sympathie; man begegnete ihm in allen Parteien mit aufrichtiger Hochachtung.

Graf Stolberg war am 4. März 1840 in Berlin geboren; nach bestandenen Abiturium in Gütersloh studierte er in Halle Rechtswissenschaften, machte als Offizier die Feldzüge 1866 und 1870 mit und wirkte eine Reihe von Jahren als Oberpräsident von Ostpreußen. Er vertrat den Reichstagswahlkreis Ost-Preußen (Reg.-Bez. Gumbinnen). — Bei der Wiedereröffnung des Reichstags am 1. Dezember v. J. erhielt Graf Stolberg von 288 abgegebenen gültigen Stimmen 256. Die Nationalliberalen und Freisinnigen hatten 2 weiße Stimmabgaben.

In den Frankfurter Straßenkrawallen

erfährt das „S. T.“ aus Frankfurt a. M.:
Die Kriminalpolizei hat gestern umfangreiche Ermittlungen angestellt, um festzustellen, welche Personen aus dem Publikum bei den Straßenkrawallen in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag mit Revolveren geschossen haben. Der 30jährige Schreiner Anton Berger, der Führer der sozialdemokratischen Jugendorganisation, der am Donnerstag abend den Zug anführte, der zuerst mit der Polizei zusammenstieß, ist in Haft behalten worden. Es ist durch Zeugen festgestellt, daß er vor dem Zuge hermarschierte, den Hut schwenkte und zu Schreien auf das Maßregal aufforderte. Bei seiner Verhaftung leistete er Widerstand. Es wird gegen ihn Anklage erhoben wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Vergehens gegen das neue Vereinsgesetz, weil er einen öffentlichen, nicht erlaubten Umzug ausgeführt hat. Vor die Geschworenen kommt der 30jährige Kaufmann Johann Beyer, der durch eine Drohsache gedeckt, wiederholt an der Konstablerwache auf die Schusslinie getroffen hat. Nach seiner Vernehmung fand man noch einen geladenen Revolver in seinem Besitz. Er wird angeklagt wegen Mordversuches und Landfriedensbruchs. Wegen desselben Vergehens wird der Arbeiter Ludwig Tiefert angeklagt, der von einem Zeugen mit aller Bestimmtheit als beteiligter festgestellt wird. In Haft behalten wurde unter anderem auch der Arbeiter Wilhelm Rein, der sich als Kettenbrecher produziert und durch fortgesetzte aufreizende Reden die Zusammenrottung von Leuten veranlaßt hat, die er wiederholt aufforderte, gegen die Beamten tödlich vorzugehen. Weiter wird bekannt, daß noch vor Schluß der Vernehm-

lung ein Restaurateur beobachtet hat, wie zwei Leute Revolver in den Taschen verstecken. Nach diesen beiden Personen wird gefahndet. Auch zu einem Privatier, der in einer Seitenstraße hand, trat ein Mann heran, zeigte ihm einen Revolver und sagte: „Mit dem Revolver habe ich geschossen.“
Gestern hatte der Erste Staatsanwalt eine längere Unterredung mit den Polizeipräsidenten, in der es sich um die Anklage gegen die Inhaftierten handelte. Alle Strafmessen werden durch das Gericht abgeurteilt werden, da die Polizei in dieser Frage Partei ist und deshalb keine Strafverfolgung treffen will. Nach den endgültigen Feststellungen sind bei den Straßenkrawallen drei Kommunisten und 25 Schusswunden verurteilt worden. Die meisten durch Schüsse, Messertische und durch Biergläser und Flaschen, die aus den Fenstern auf die Schusslinie und Wunden geworfen worden waren. Das Befinden der verletzten Personen, die in den Krankenhäusern liegen, ist etwas besser. Gegen eine Reihe von Personen ist Anklage erhoben wegen Verletzung der Straßensperrung.

Vor das Haus der Redaktion der sozialdemokratischen „Vollstimme“ wurde ein Schmutzspion geschickt. In dem Schmutzspion der Expedition der „Vollstimme“ waren verschiedene Gegenstände vom Schlachtfeld ausgehüllt, darunter eine Unterhose, die Nagelspuren und Blutflecke zeigte. Da sich infolge dessen dort eine große Menschenmenge anlangte, wurden die Gegenstände von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und weiteres Auslegen ähnlicher Gegenstände im Scheiterhaufen durch die Staatsanwaltschaft unterlag. Gegen die Expedition der „Vollstimme“ wird Anklage wegen Anreizung erhoben werden. In einer reaktionären Zeit gibt die „Vollstimme“ in einem Artikel die Frankfurter „Mittags“ die Verantwortung an den Verfassern der Polizei, die beschuldigt habe, die Wahlfreiwahlbewegung in Verzug zu bringen.

Der vorgestrige Abend verlief ohne ernste Störungen. In der Konstablerwache hatte sich gegen 9 Uhr eine Menge von 100 bis 150 Bürgern recht zweifelhafter Art zusammengefunden. Zu irgendwelchen Ausschreitungen kam es indes nicht, trotzdem die Gesellschaft sich nach Mitternacht noch ausartete. Die Polizei hatte sich ausschließlich darauf beschränkt, statt einzelner Personen Doppelposten patrouillieren zu lassen. Die Nacht verlief vollständig ruhig. Gekörnte erhielt der Frankfurter Polizeipräsident eine große öffentliche Bekräftigung in allen Tageszeitungen, in der er es

Publikum bittet, sich anlässlich der letzten schweren Ausschreitungen von Demonstrationen, sich in eigenen Interesse von etwaigen Demonstrationen auf der Straße fernzuhalten.
Weiterhin macht der Präsident auf die einschlägigen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches aufmerksam, die sich auf öffentliche Zusammenrottungen, Landfriedensbruch, Aufreizung, Aufruhr, Widerstand gegen die Beamten und Verletzung der Schusslinie beziehen, unter wörtlicher Wiederholung der §§ 113, 116 und 125 des Strafgesetzbuches.

Die Reichstagswahlwahl in Mühlheim-Wipperfleth.

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlwahl in Mühlheim-Wipperfleth liegt jetzt vor. Danach wurden am 15. Februar insgesamt 4013 Stimmen abgegeben. Dem erhielten Oberlandesgerichtsrat Marx-Düsseldorf (Zentrum) 20376, Schriftsteller Dr. Erdmann-Röhn (Soz.) 10924, Rechtsanwalt Faust-Röhl (n. a. l. h.) 8465, Pfarrer Hömann-Gummersbach (Christl.-log.) 1140 Stimmen, restpflichtig waren acht Stimmen. Die Stichwahl zwischen Marx (Zentrum) und Erdmann (Soz.) ist auf den 26. d. M. angesetzt.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser und die Kaiserin bestätigten gestern normiert am künftigen Schloß nach Kronprinzessin, die sie selbst darstellen, von dem Hofbauer Albert Moritz Wolff geschaffen sind und für das Jubiläum-Schloß auf dem Delberg bestimmt sind. Die Statuen sind etwas überlebensgroß. Der Kaiser ist in der Tracht eines Ordensritters mit Schwert und Schild dargestellt, die Kaiserin gleichfalls in mittelalterlicher Gewandung. Sie trägt auf der Brust das Delbergkreuz und in der Hand ein Modell des Jubiläum-Schloßes.

Die Ankreife der Yacht „Sobenzaffern“ von Kiel nach dem Mittelmeer ist auf den 23. März angelegt. Als Begleitschiff ist neben dem Dampfschiff „Sietner“ der kleine Kreuzer „Steint“ bestimmt. Die Ankreife der „Sobenzaffern“ vom primigen Paare Eitel Friedrich und der Prinzessin Viktoria Luise in Nord in Jasta ist auf den 6. April morgens angelegt. In Jasta bleibt die Yacht während des zweimonatlichen Aufenthaltes der Fräulein in Jerusalem vor Anker.

Der Kaiser hat dem Prinzen Fushimi von Japan das Großkreuz des Roten Adlerordens mit der Kette verliehen.
Gouverneur v. Schumann erklärte, wie der Draht aus Windstul medet, vor seiner Abreise in einem Privatgespräch, seine Rückkehr nach Südwestfalen sei ausgeschlossen.

Ausland.

Die dynastische Frage in Griechenland.

aus Athen, 19. Februar, meldet man der Wollischen Zeitung: Die Berufung der Prinzen des künftigen Hauses nach Athen ruff hier größtes Aufsehen hervor. Man spricht bereits ganz offen von einer dynastischen Krise. Wie eine Bombe wirken die Entlassungen des Patriarchenvereins, über die Ereignisse der letzten Tage im höchsten „Strip“ macht, und die Wort für Wort alle meine, noch kaisertlichen griechischen Nachrichten-Bureau beschrifteten Meldungen bestätigen. Hofflich, der den Führern der bestehenden Parteien vorwirft, daß sie die Nationalversammlung bloß dazu benutzen wollen, um sich selbst wieder in den Sattel zu heben, beschuldigt den Ministerpräsidenten, daß er darauf ausgeht, die Dynastie durch die Nationalversammlung zu beseitigen. Das Volk ist nicht gegen den König, sondern habe von der Revolution eine durchgreifende Befreiung des gesamten öffentlichen Lebens erhofft; das einzige, was das Volk von der Krone verlangt habe, sei eine entscheidende Befreiung der politischen Korruption gewesen. Nun aber, erzählt Hofflich weiter, streben die Revolutionäre bloß danach, den König in die Hände der Krönprinzen fortzuführen, und die Krone den Händen eines jungen, unerfahrenen Prinzen des künftigen Hauses anzuvertrauen, damit die ibriggebliebenen aufrechterhalten werden können. Wenn aber dieser junge Sprößling (gemeint ist der Sohn des Kronprinzen, Ned) die Krone ablehnen sollte, was dann? Wo wäre dann ein neuer König zu finden?

Technikum Bingen
Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilbau, Briekentechnik, Chemiefabrikation.



